

Arbeiter-Stimme

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Schland Mark 1.20
ustellung)
en-Konto Nummer 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI., Hyrtlgasse 19/4. Telefon R 30-9-58

Preis 15 Groschen

Juni 1930

4. Jahrgang. Nr. 55

Faschistischer-monarchistischer Vormarsch.

Die Verhältnisse zwingen die österreichische Bourgeoisie in ihrem Kampf um die Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur zu einer Taktik mit verteilten Rollen.

Einerseits bereitet sie politisch, militärisch, insbesondere außerparlamentarisch durch die faschistischen Aktionen den Staatsstreich vor. Diesem Zweck dient der Seiplkurs. Korneuburg zeigt, daß wir am Beginn der Endphase stehen, des Kampfes um die faschistische Diktatur.

Andererseits muß die Bourgeoisie den auf das faschistische Endziel ausgerichteten Kampf um ihre Tagesfragen in Formen halten, die die Anleihe nach der sie so leicht, nicht gefährden, und gleichzeitig so operieren, daß Seipl nicht nur nicht behindert sondern gefördert wird. Dem dient der Schoberkurs.

Seipl und Schober sind keine Gegensätze. Schober hat die Taktik einzuhalten, die die Anleihe sichert, dabei aber doch Seipl den Weg ebnet. Die Schoberische Aenderung des Waffenpatents mit ihrer unverkennbaren ausschließlichen gegen die Arbeiter gerichteten Spitze beweist das klar.

Mit seinem legalen Kurs zur Verwirklichung der Heimwehziele des faschistischen Diktators, hat Schober der Bourgeoisie gewaltige Erfolge auf Kosten der Arbeiter heimgelbracht: Durchbruch des Mietengesetzes, Verfassungsreform, Antiterrorgesetz. Er ist eben daran neue Erfolge auf Kosten der Arbeiter einzuheimsen: Lebensmittelpzölle, Milliarden-geschenke an die Kapitalisten durch neue Massensteuermilliarden, „Reform“ der Arbeitslosenversicherung.

Schobers Erfolge waren und sind möglich nur dank der Sozialdemokratie. Sie ist zu jedem Opfer bereit — auf Kosten der Arbeiter, solange die demokratische Form wenigstens dem Schein nach gewahrt wird. Ihre einzige Sorge ist, dieses ihr Aufopfern der Arbeiter vor den Arbeitern zu maskieren.

Dem dient ihre Scheinoffensive um die staatliche Altersversicherung. Es fällt der SP nicht ein dafür die Massen in Bewegung zu setzen. Gleichzeitig sucht sie die gewerkschaftliche Altersversicherung in den Verbänden durchzupressen. Sie beweist auch so, daß ihr die Offensive um die staatliche Altersversicherung gar nicht ernst ist.

Dem dient ihr „Nein und nochmals nein!“ in der Frage der Arbeitslosenversicherung. Das hat sie schon dreimal gerufen und dreimal gebrochen. Sie wird es zum viertenmal brechen. Schober will 40.000 Arbeitslose um die Unterstützung bringen. Nach der Taktik der galizischen Pferdehändler bringt er die Vorlage ein zur Beraubung von 70.000 Arbeitslosen. 30.000 wird er sich abhandeln lassen. Dann hat er, was er will — und die SP hat, was sie will: die Ausrede.

Das fortschreitende Aufopfern der Arbeiter durch die SP war und ist nur möglich durch den absoluten Bankrott der stalinischen Politik der KP. Die SP kann mit den Arbeitern machen was sie will, kann sie verraten wie sie will — die Arbeiter fühlen es und murren, aber es fehlt die Kraft, die allein den ernstesten Widerstand der Arbeiter organisieren, leiten könnte: die ernste Kommunistische Partei.

Die faschistische Diktatur in Oesterreich ist Ziel, aber selbst wieder nur ein Mittel für das eigentliche Ziel, die Monarchie. Im Herbst soll der Habsburger Otto König von Ungarn werden. Der österreichische Faschismus will auch in Wien den Habsburgerthron wieder aufrichten.

Daß der faschistische Staatsstreich zum offenen Bürgerkrieg führt ist klar. Solange Indien bedroht ist, braucht die englische Bourgeoisie in Europa Ruhe. Ein kriegerischer Zusammenstoß auf dem Festlande heute würde auch nach den britischen Inseln hinüber schlagen. Frankreich und seine Vasallen sind gegen die faschistische Diktatur in Oesterreich, weil dieses voll eingegliedert würde in die Front Italiens, in die Mussolini auch Deutschland hineinzuziehen sucht.

Das besagt keineswegs das Seipl den Rücken gesteuert von den hinter ihm stehenden in- und ausländischen Kräften, den Staatsstreich nicht dennoch wagen wird.

Die Lage ist also ernst und wird noch die Königskrone in Ungarn noch ernster werden. Wobei wir nicht übersehen dürfen, daß der revolutionäre Groll der gepeinigten Massen in Ungarn unterirdisch immer mehr anschwillt. Die ungarische Konterrevolution steht auf einem Pulverfaß.

Die Hoffnung der SP durch immer weiteres Aufopfern der Arbeiter der gewaltsamen Austragung der Klassengegensätze auszuweichen wird zu Schanden werden an den Faschisten — Monarchisten, die den Staatsstreich wagen werden und wagen müssen.

Wird die SP vor einem solchen Staatsstreich zusammenklappen oder wird sie ernst kämpfen?

Sicher gibt es im großen Kleinbürgerkopf der SP Elemente, die schon heute spekulieren im geeigneten Augenblick auf das faschistisch-monarchistische Roß umzusatteln. Sicher denkt sie nicht im Traum daran gegen den Faschismus-Monarchismus zu kämpfen — wegen der Arbeiter. Aber sie muß dagegen kämpfen wegen der Klasseninteressen, die sie wirklich vertritt, wegen der Interessen des Großkapitals und des drängendsten Teiles des Kleinbürgertums. Die Bourgeoisie will mit der faschistischen Diktatur die Arbeiter knebeln und schrankenlos ausbeuten. Aber sie will auch einen bedeutenden Teil des Kleinbürgertums knebeln und wirtschaftlich aussaugen: den Teil, der sich in der SP sammelt und sie führt. Bis jedes Ausweichen durch die faschistische Entscheidungsaktion selbst verhindert wird, muß und wird die SP kämpfen, muß und wird sie

für diesen Kampf die Arbeiter mobilisieren, nicht im proletarischen aber im kleinbürgerlichen Interesse.

Die Arbeiter müssen und werden die bürgerliche Republik, die bürgerliche Demokratie, gegen den Faschismus-Monarchismus um der Arbeiter willen verteidigen. Sie sind ein besserer Kampfboden als der faschistische Staat, als die Monarchie. Aber sie werden im Kampfe erkennen, daß selbst diese kleinbürgerlichen Ziele mit Aussicht auf Erfolg nicht verteidigt werden können mit kleinbürgerlichen (das ist mit sozialdemokratischen), sondern nur mit proletarisch-revolutionären Mitteln. Die Logik des Kampfes wird ihnen als unumgänglich notwendig aufzeigen, das proletarisch-revolutionäre Ziel: die proletarische Diktatur.

Die österreichischen Arbeiter werden nicht isoliert bleiben. Sie werden tätige und wirksame Hilfe finden bei den Arbeitern Europas und der ganzen Welt. Aber sie werden diese Hilfe nur finden, wenn sie kämpfen: im und durch den Kampf!

Die Lage ist ernst und wird noch viel ernster werden. Aber — trotz aller durch die SP verschuldeter Niederlagen — die Lage ist keineswegs aussichtslos für die Arbeiterklasse. Unter den Schlägen der Konterrevolution und durch den immer sichtbar werdenden Verrat der Sozialdemokratie beginnen die lähmenden Illusionen zu weichen. Im Kampf werden die Massen sie vollends abstreifen und siegen.

Massenkampf! Mit nüchterner Entschlossenheit revolutionäre Aktionskomitees schaffen zur Organisierung des Massenkampfes! Die Kommunistische Partei gesunden! Das fordert die Lage von den Arbeitern.

Wer ist schuld?

Immer dringender stellen die Arbeiter die Frage: Wodurch ist die Veränderung der Machtverhältnisse in Oesterreich eingetreten? Die Sozialdemokratie, die dieser für sie sehr kitzlichen Frage durch 12 Jahre ausgewichen ist, versucht nun endlich eine Antwort:

„Die bisherige Entwicklung der Republik war unvermeidlich und unentrinnbar. Das Proletariat hat in den Jahren 1919 und 1920 in dem kleinen, gegen die kapitalistischen Staaten militärisch wehrlosen, auf den Bezug von Lebensmitteln aus den kapitalistischen Staaten, auf den Absatz ihrer Industrieprodukte in den kapitalistischen Staaten, auf den Kredit des ausländischen Kapitals angewiesenen Lande die kapitalistische Produktionsweise nicht aufheben können. So ist die Bourgeoisie im Besitz ihrer wirtschaftlichen Macht geblieben. Sie hat diese wirtschaftliche Macht ausgenutzt, um ihre politische Herrschaft allmählich wieder herzustellen. (Bauer im „Kampf“, Maiheft.)

Entweder hat Bauer das schon früher gewußt — dann ist alles Schwindel, was er 1919—20 über die Demokratie, die zum Sozialismus führe, und was er später den Arbeitern immer wieder vorzählt hat von den sozialdemokratischen „Erfolgen“, „Siegen“. In Wirklichkeit ist seine Theorie von der „Unvermeidlichkeit“ erfunden, um nachträglich den Bankrott der sozialdemokratischen Politik vor den Arbeitern zu verhüllen.

1. War es 1918—20 möglich in Oesterreich die kapitalistische Produktionsweise aufzuheben? Ja, das war möglich! Man darf Oesterreich und die österreichische SP nicht isolieren. Hätte die deutsche und österreichische Sozialdemokratie 1918—20 proletarische Politik getrieben, dann hätten sie die Macht und die wichtigsten kapitalistischen Wirtschaftspeditionen übernommen, das Bündnis auf Tod und Leben mit Sowjetrußland schließend. Dann stünden wir heute anders da!

2. Nachdem die deutsche Sozialdemokratie das Proletariat verraten hat, war es „unvermeidlich“, daß die Dinge in Oesterreich so gekommen sind? Kein ernstere proletarischer Revolutionär hat darnach von der österreichischen SP die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise verlangt. Aber möglich und unumgänglich notwendig war es den von der Monar-

chie überkommenen kapitalistischen Machtapparat im proletarischen Sinn umzukrempeln und den Habsburgern, der Kirche, dem Großgrundbesitz ihre gesamten Aecker, Wiesen, Weiden entschädigungslos zu enteignen und auf die Landarbeiter und die landarmen bäuerlichen Massen kostenlos aufzuteilen, bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise unter der staatlichen Kontrolle durch den proletarisch umgekrempelten Staatsapparat.

Bauer gebe konkrete Antwort auf folgende konkrete Fragen:

Die proletarischen Revolutionäre verlangten 1919 bis 1920 für die Wehrmacht, Polizei, Gendarmerie die Besetzung der Kommandostellen mit proletarisch verlässlichen Elementen und durch emporgehobene tüchtige Unteroffiziere der Wehrmacht, Polizei, Gendarmerie. Ferner die Einstellung von 6000 klassenbewußten Arbeitern in die Polizei und 3000 klassenbewußten Arbeitern in die Gendarmerie. Die Besetzung der leitenden Stellen im Justizapparat und Verwaltungsapparat durch proletarisch verlässliche Elemente und durch emporgehobene niedere richterliche und administrative Elemente.

War das möglich? Das war möglich! War das notwendig? Das war unbedingt und unter allen Umständen unumgänglich notwendig! Wenn die Sozialdemokratie auch nur einen Teil davon durchgeführt hätte (von den vielen Unterlassungen damals und später, von der Lieferung der Waffen an den „Flurschutz“, von der Sabotage der Ordnerorganisation, von der pazifistischen Entmannung des späteren Schutzbundes, von der Zulassung der Morde an Arbeitern, von der Auslieferung der Arsenalwaffen usw. abgesehen), dann stünde es heute um uns anders. Schlechter als es den Arbeitern in den zwölf Jahren mit der kleinbürgerlichen (sozialdemokratischen) Politik wäre es ihnen mit der proletarischen (mit revolutionärer Realpolitik) bestimmt nicht ergangen, sehr wahrscheinlich besser und jedenfalls hätte die Arbeiterschaft heute eine ganz andere, eine zukunftssichere Aussicht.

Es ist falsch wegen der ununterbrochenen Kette von furchtbarsten Sünden die SP eines Fehlers zu zeihen. Die Sozialdemokratie hat in den grundlegenden Machtfragen keinen „Fehler“ sondern eine voll-

kommene richtige Politik gemacht.*) Daß die Sozialdemokratie ihre kleinbürgerliche Politik den Arbeitern als proletarisch, daß sie ihre kleinbürgerliche Partei dem Proletariat als Arbeiterpartei vorschwindelt, darin besteht der eigentliche Verrat der SP an den Arbeitern. Freilich bleibt ihr kein anderes Mittel, wenn sie als kleinbürgerliche Partei die Arbeiter hinter sich halten will.

3. „Die Machtverhältnisse im Parlament hängen ab von den Gewaltverhältnissen außerhalb des Parlaments“, sagt Bauer. Richtig. Doch daraus folgt, daß wer die Machtverhältnisse im Parlament ändern will, vor allem die Gewaltverhältnisse außerhalb des Parlaments ändern muß. Zieht Bauer diese Folgerung? Keineswegs! Auf die Frage, was die Arbeiterschaft nun machen solle, gibt er die Losung: Möglichst viele Stimmzettel zu gewinnen, um die Bourgeoisie zur Koalition zu zwingen! . . . Die Tatsachen dieser 12 Jahre haben zur Genüge bewiesen, daß die Veränderung der Stimmzettelverteilung keineswegs die Gewaltverhältnisse im Land ändert.

Wer also ist schuld, daß die Dinge in Oesterreich so gekommen sind? Die Sozialdemokratische Politik, die Sozialdemokratie.

Gedenkt die Sozialdemokratie die notwendige Lehre zu ziehen? Keineswegs! Sie denkt nicht im Traum daran ihre Politik zu ändern. Sie kann es nicht. Denn ihre Politik wird vom Klasseninteresse des Kleinbürgertums bestimmt nicht von dem der Arbeiterklasse.

Dennoch ist die stalinische Phrase vom Sozialfaschismus falsch. Die Sozialdemokratie steht in einem realen Gegensatz zum Faschismus. Es ist nicht der grundlegende Gegensatz zwischen Proletariat und Kapital, aber der sehr reale Gegensatz zwischen Kleinkapital und Großkapital. Das Finanzkapital will die faschistische Diktatur, um die Arbeiter noch mehr auszubeuten und das Kleinkapital aufzusaugen. Das Kleinkapital will die Herrschaftsform, die es ihm ermöglicht an der kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung teilzunehmen, die bürgerliche Demokratie. Bauer spricht es offen aus, daß

es der SP nicht mehr geht um das bürgerliche System, sondern nur noch um die Aenderung des Kurses innerhalb des kapitalistischen Systems. Je mehr wir die Frage nach der Schuld und der Antwort darauf in die Massen tragen, desto mehr erleichtern wir den Massen aus den furchtbaren Erfahrungen dieser 12 Jahre die einzig richtige Antwort zu ziehen: Weg von der Sozialdemokratie — Vorwärts zur Gesundung der Kommunistischen Partei!

*) Alles, was die SP 1918—20 gegen die Arbeiter getan und für die Arbeiter zu tun unterlassen hat, war von ihr bewußt getan und bewußt unterlassen worden. Siehe die Rede von Seitz „A.-Z.“ 24. Mai 1930, Seite 3, Spalte 4: „Alles, was damals (1918—20) geschehen ist, was normalen (lies: kapitalistischen D. Red.) Auffassungen nicht entsprochen hat, haben wir im Zuge des Verfahrens zielsicher (bewußt), konsequent (bewußt) und stufenweise abgebaut“. Die Volkswehr, den Arbeiterrat und alle sonstigen „abnormalen“ (proletarischen-revolutionären) Einrichtungen.

Der Fünfjahresplan und die internationale Arbeitslosigkeit.

Von Leo Trotzky.

Dieser schon vor einigen Wochen geschriebene hochbedeutsame Artikel des Genossen Trotzky ist noch immer sehr aktuell. Um ihn in einem Zuge zu bringen, haben wir einige Kürzungen vorgenommen.

Die innere Entwicklung der Sowjetunion hat einen kritischen Punkt erreicht. Klar ist, daß das Tempo der Kollektivisierung den ganzen Fünfjahresplan schon gesprengt hat. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Industrie und der Landwirtschaft („Zusammenschluß“) wurden bis in die letzte Zeit hinein, wenigstens im Prinzip als die Hauptachse des ganzen Planes anerkannt. Was ist nun mit dieser Achse geworden? Wenn auch in dem Plan die „Smytschka“ (Zusammenschluß) gewahrt wurde, so ist sie jetzt durch den rasenden Sprung der Kollektivisierung, den niemand vorausgesehen hat, durchbrochen worden. In welcher Richtung wird man den Ausgleich der Linie des Planes vornehmen? Man kann noch nicht voraussagen, wie der begonnene Rückzug enden wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er auch diesmal viel weiter gehen, als die objektive Notwendigkeit erfordert. An sich ist jedoch ein Rückzug unabwendbar. Ein Rückzug, der rechtzeitig und in Ordnung durchgeführt wird, kann überflüssige Verluste verhindern und die Entwicklungsmöglichkeit eines späteren Angriffs vorbereiten. Aus diesem Grunde scheuen wir, die Linke Opposition, uns nicht, der Bürokratie, die sich diesmal zu weit vorgewagt hat, ein „Zurück!“ zuzurufen. Man muß aufhören mit den Wertsprüngen in der Industrialisierung. Man muß die Tempi auf Grund der Erfahrung und der theoretischen Voraussicht überprüfen. Man muß den Gang der Kollektivisierung mit technischen und anderen Hilfsmitteln in Einklang bringen, und die Politik gegenüber den Kulaki den realen

Möglichkeiten der Kollektivisierung unterordnen. Man muß mit einem Wort nach den Perioden der Schwanzpolitik und des Abenteuerertums den Weg des marxistischen Realismus betreten.

Ein planmäßiger Rückzug aus der Stellung des Abenteuerertums — das ist die Aufgabe des Augenblicks.

Die Perspektive einer proletarischen Revolution in Europa ist durchaus nicht weniger real, als es eine Perspektive der Kollektivisierung russischer Bauern ist. Oder richtiger gesagt: die Realität dieser zweiten Perspektive besteht nur bei ihrem Zusammenwirken mit der ersten. Die Politik der offiziellen Leitung der Komintern ist so eingestellt, als ob schon morgen ein Aufstand des europäischen Proletariats bevorsteht. Gleichzeitig wird aber ein Wirtschaftsplan für 10 bis 15 Jahre aufgestellt, mit dem Ziele, die gesamte kapitalistische Welt mit den Mitteln des isolierten Arbeiterstaates zu überflügeln. Dieser Widerspruch, welcher der reaktionär-utopischen Theorie des Sozialismus in einem Lande entspringt, geht wie ein Leitfadend durch das Programm der Komintern und durch deren ganze Politik.

Niemand kennt den Zeitpunkt. Doch eins kann man mit Sicherheit behaupten: die Eroberung der Macht durch das europäische Proletariat liegt heute zweifellos näher, als die Liquidierung der Klassen in der USSR.

Gewiß eine umfassende und systematische internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit wird nur nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat der fortschrittlichsten, kapitalistischen Länder möglich sein. Aber erstens kann man nicht wissen, wann sich dieser Umsturz ereignen wird, und man muß sich deshalb rechtzeitig, sowohl politisch, wie wirtschaftlich darauf vorbereiten. Zweitens besteht aller Grund zu hoffen, daß die Sowjet-Regierung bei einer richtigen Politik unter den Bedingungen der gegenwärtigen

Handels- und Industriekrise,

besonders im Falle einer weiteren Verschärfung derselben, einen unvergleichlich umfassenderen Zutritt zu den Hilfsmitteln des Weltmarktes erlangen kann. Die Arbeitslosigkeit ist ein Faktor von ungeheurer Bedeutung, der der gesamten Politik der nächsten Jahre einen Siegel aufzudrücken vermag. Unter den Schlägen der Arbeitslosigkeit wird das mächtige Gebäude der konservativen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie tiefe Risse bekommen, viel eher, als noch das weit mächtigere Gebäude des kapitalistischen Staates zu wanken beginnt. Allein von selbst wird das nicht eintreten. Die richtige Führung des Kampfes der Arbeiterklasse bekommt in einer Periode der sozialen Krise eine ausschlaggebende Bedeutung.

Die allgemeine strategische Linie des Kommunismus muß natürlich mehr denn je auf eine revolutionäre Eroberung der Macht gerichtet sein. Doch diese revolutionäre Politik muß durch die konkreten Bedingungen und Aufgaben der Uebergangsperiode, in welcher die Arbeitslosigkeit immer mehr den zentralen Platz einnimmt genährt werden. Eine der wichtigen Parolen der Uebergangsperiode soll und muß die Forderung der

wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der USSR. werden.

Die Propaganda über diese Parole soll ihrerseits einen ganz konkreten Charakter tragen und mit allen Tatsachen und Ziffern ausgerüstet sein.

Gerade hier bildet sich daher natürlich der Knotenpunkt, der die Interessen der Sowjet-Union und die Interessen des internationalen Proletariats vereinigt. Gegenwärtig stützt sich die Erziehung der internationalen hauptsächlich auf zwei Gedanken: „Die USSR. wird den Sozialismus ohne euch aufbauen“ und „Die USSR. ist das Vaterland aller Arbeitenden“. Der erste Gedanke ist falsch, der zweite — zu abstrakt. Außerdem widersprechen sie sich gegenseitig. Der Zusammenhang zwischen der ersten und der zweiten Aufgabe ist indessen ganz offenbar.

Eine „allgemeine“ Kollektivisierung auf der Grundlage des bäuerlichen Inventars ist ein Abenteuer, welches die Krise der landwirtschaftlichen Produktion mit deren gefährlichen politischen Folgen in

sich birgt. Allein wenn es möglich wäre, die Kollektivwirtschaft durch einen rechtzeitigen Zufluß moderner Technik zu befruchten, so würde die kollektivisierte Landwirtschaft die Periode der „Kinderkrankheiten“ weit leichter überstehen und bereits die nächsten Jahre würden eine große Erhöhung der Ernteergebnisse und derartig steigende Exportzahlen aufweisen, daß die letzteren das gesamte Bild des Getreidemarktes in Europa radikal ändern und im weiteren Verlauf die Ernährung der arbeitenden Massen auf eine neue Grundlage stellen würden. Die drohende Disproportion zwischen dem großen Sprung der Kollektivisierung und dem Zustand der Technik entspringt unmittelbar aus der wirtschaftlichen Isolierung der Sowjet-Union. Selbst wenn der Sowjet-Regierung nur die im internationalen Verkehr „normalen“ kapitalistischen Kredite zur Verfügung stehen würden, könnte man das Tempo der Industrialisierung beschleunigen und den Rahmen der Kollektivisierung schon heute bedeutend erweitern.

Die Einfuhr von Maschinen, wie auch die Ausfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln kann durch entsprechende Verträge, auf Grund eines umfassenden Planes, der ebenso der Kontrolle und dem Verständnis des Sowjet-Arbeiters, wie des ausländischen Arbeiters zugänglich ist, in eine direkte gegenseitige Abhängigkeit gebracht werden.

Die bereits von der Sowjet-Industrie errungenen Erfolge garantieren, die für das Auftreten in der internationalen Arena notwendige Basis. Es handelt sich hierbei um keine rein agitatorische Parole, sondern um einen ernstlich durchdachten

wirtschaftlichen Vorschlag,

der sich auf Grund der vorhandenen Erfahrung aufbaut und klar in der Sprache der Technik, Oekonomie und Statistik begründet wird. Selbstverständlich muß die Sowjet-Regierung dabei verkünden, daß sie bereit sei, den Arbeiter-Organisationen (Gewerkschaften, Betriebsvertretungen usw.) die Möglichkeit zur umfassenden Information über den Verlauf der Ausfuhrung des Wirtschaftsvertrages zu gewähren.

Wenn man diese Frage politisch, vor allem von dem Standpunkt des Verhältnisses zur Sozialdemokratie und den Amsterdamer betrachten würde, so könnte man die Aufgabe als die Anwendung der Politik der Einheitsfront in einem solchen Maßstabe, wie es bisher nicht war und auch nicht sein konnte, stellen.

Kann man aber darauf bauen, daß Macdonald, Hermann Müller und die Amsterdamer Gewerkschaftler mit einer solchen Kombination einverstanden sein werden? Ist das nicht eine Utopie? Ist das kein Ver söhnlertum? Derartige Einwände werden zweifellos

von jenen erhoben werden, die gestern noch darauf gehofft haben, daß die britischen Gewerkschaftler zum Schutze der Sowjetunion ihrem eigenen Imperialismus den Kampf ansagen werden (Stalin u. a.). Wir haben derartige armselige Illusionen weder damals gehegt, noch haben wir sie heute. Man muß aber dabei immerhin einräumen, daß es noch immer wahrscheinlicher ist, daß eine sozialdemokratische Regierung sich, um die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande zu mildern, mit der Sowjet-Regierung verständigt, als daß die Reformisten den . . . Imperialismus bekämpfen. Wenn sich die Krise noch weiter verschärft, dann kann der Zeitpunkt eintreten, daß die reformistischen Regierungen, die sich auf Millionenorganisationen der Arbeiterschaften stützen, in eine solche Klemme geraten, daß sie zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union in diesem oder jenem Falle bereit sein werden.

Wenn, was anfangs das wahrscheinlichere sein dürfte, die Sozialdemokratie schon vor einer bloßen Beratung des Planes zurückschrecken wird, so wird dieser Plan gleich von Anfang an gegen die Sozialdemokratie in die Arbeitermassen hineingetragen. Es wird der Sozialdemokratie auf jeden Fall schwerer fallen, sich gegen eine Agitation zu wehren, die sich auf einen konkreten Plan gewinnbringender wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gründet, als gegen marktschreierische Phrasen vom „Sozialfaschismus“. Selbstverständlich setzt der Plan dieser Kampagne keinerlei Milderungen unseres politischen

Verhältnisses zur Sozialdemokratie voraus. Im Gegenteil, eine richtige Durchführung der hier geschilderten Kampagne vermag die Positionen der internationalen Sozialdemokratie ernstlich zu erschüttern, der die Politik Stalin-Molotoffs in den letzten Jahren solch unschätzbare Dienste erwiesen hatte.

Eine internationale Stellung der Aufgabe des sozialistischen Aufbaues entspringt völlig den inneren Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung der USSR, und bildet gleichzeitig eine besonders überzeugende und wirkungsvolle Propaganda für die internationale Revolution.

Doch wenn man den neuen Weg betreten will, muß man umlernen.

Anstatt des einschläfernden Optimismus muß man eine revolutionäre Beunruhigung vorbereiten. Man darf sich nicht auf rituelle Beschwörungen gegen eine militärische Intervention beschränken. Man muß das Wirtschaftsproblem zur Zentralfrage machen. Der kommunistische Agitator muß den Arbeitermassen des Westens ehrlich sagen: „Denkt nicht, daß man den Sozialismus in Moskau ohne eure Hilfe aufbauen kann. Sie haben zwar nicht wenig erreicht, doch alles können sie nicht machen. Das, was sie bis jetzt getan haben, ist nur ein kleiner Bruchteil dessen, was noch getan werden muß. Arbeiter, die Maßnahmen, die notwendig sind, um ihnen zu helfen, werden euch gleichzeitig gegen die Arbeitslosigkeit und Teuerung helfen.“ Die Sowjet-Regierung hat einen Wirtschaftsplan für die Zusammenarbeit mit der ausländischen Industrie aufgestellt. Jeder hat die Möglichkeit, diesen Plan kennenzulernen. Auf das bloße Wort hin braucht ihr natürlich weder mir, noch der Sowjet-Regierung zu glauben. Fordert von euren Gewerkschaften, von eurer Partei, von eurer sozialdemokratischen Regierung, eine Prüfung des Vorschlages der USSR.“ Man muß mit gemeinsamen Kräften die Regierung zwingen, den Weg der wirtschaftlichen Verständigung mit der USSR. zu beschreiten, denn das ist gegenwärtig der beste und wirksamste Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ist denn aber noch eine Hoffnung vorhanden, daß die Kommunistischen Parteien unter ihrer gegenwärtigen Leitung überhaupt noch fähig sind zu einer ernstlichen revolutionären Mobilisierung der Massen? Diese Frage wollen wir nicht im voraus entscheiden. Die hier von uns vertretene Politik wurzelt so stark in der objektiven Lage und in den historischen Interessen des Proletariats, daß sie früher oder später sich ihren Weg über alle Hindernisse hinweg bahnen wird. Alles ist nur eine Frage der Zeit. Das ist allerdings eine sehr wichtige Frage. Und die Aufgabe der Linken Kommunisten wird es sein, alle Kräfte anzuspannen, um diese Wartezeit zu verkürzen.

Schluß mit dem Scheinradikalismus!

Der neueste „Weg zu den Massen“ — Das Gesetz der schiefen Ebene — Der Kampf um die Eroberung der reformistischen Gewerkschaften aufgegeben — Vor der Gründung „roter Verbände“.

Von L. Stiff.

Stalins „neue Gewerkschaftspolitik“ ist die Wiederholung des ultralinken Experiments Sinowjews von 1924. Sein Faktotum Toman zusammen mit dem Anhängsel Koritschoner gründeten damals in Oesterreich verschiedene „neue Gewerkschaften.“ Mit welchem Erfolg ist bekannt. Unter anderem gründeten diese traurigen Helden Anfang 1924 den Tabakarbeiterverband „Union“. Genosse Stiff, der später Tabakarbeiter wurde, wurde Ende 1924 von den Arbeitern zum Sekretär der neuen Gewerkschaft gewählt. Unter seiner Führung gelang es schließlich im Feber 1926 die „Union“ dort wieder einzugliedern wo sie hingehörte, zum Verband der Lebensmittelarbeiter. Stiff hat also die Theorie und Praxis „neuer Gewerkschaften“ durch eigene Erfahrung gründlich kennen gelernt. Gerade darum ist sein Artikel über Stalins „neue Gewerkschaftspolitik“ von besonderer Bedeutung. (Die Redaktion.)

Ausnahmezustand.

Seit dem Tode Lenins herrscht in der Kommunistischen Internationale der Ausnahmezustand: Aufrechte, nackensteife, realpolitisch denkende Arbeiterrevolutionäre werden hinausgeworfen. Stalins Apparatschiki — ein Gemisch feigster Opportunisten und ultralinken Abenteurer — haben in der Komintern ein Regime errichtet, das jedes realpolitische Denken erstickt, die Sektionen zerreißt, gleichzeitig aber einen günstigen Nährboden schafft, aus dem Opportunismus und Abenteurertum als Sumpfgewächs emporwachsen.

Es ist kein Wunder, wenn unter solchen Umständen unzählige ehrliche Arbeiterkommunisten — soweit sie nicht ausgeschlossen wurden — verärgert und enttäuscht der Passivität verfallen. Dem ist es auch zuzuschreiben, daß viele tausende, revolutionärer sozialdemokratischer Arbeiter in der SP verbleiben, trotz derer konterrevolutionärer Politik, statt zur KP zu stoßen.

Das ist es, was uns linke Kommunisten zwingt, mit aller Schärfe gegen die Stalinpolitik zu kämpfen. So wie in der Vorkriegszeit unter Führung Lenins, im unversöhnlichen Kampfe gegen jede Abweichung von der revolutionären, von der marxistischen Linie sich die Partei der Bolschewiki bildete, so wird und muß unter Führung der Internationalen Linksoption mit Trotzky voran die Internationale Lenins wiedererstehen. Mit ebensolcher Unversöhnlichkeit, wie Lenin nicht nur gegen die menschwistische Liquidatoren, sondern auch gegen die Phrasenrevolutionäre in den eigenen Reihen kämpfte, müssen auch wir gegen die ultralinken Liquidatoren von heute, in der Komintern, kämpfen.

Stalins Politik eine Gefahr für Sowjetrußland.

Die Imperialisten sind sich klar, daß bei Austragung ihrer Gegensätze — die sich immer mehr verschärfen und zum Krieg führen müssen — Sowjetrußland, der einzige proletarische Staat, eine eminente Gefahr für sie ist. Die sozialpatriotische Internationale ist der Bourgeoisie sicher. Sie wird dieselbe Rolle spielen, wie im August 1914. Wenn der verhängnisvollen Politik Stalins nicht bald Einhalt geboten wird, dann wird die internationale Bourgeoisie ihren entscheidenden Stoß gegen die Sowjetmacht wagen. Deswegen ist unser Kampf gegen die Stalinpolitik, ein Kampf für die Verteidigung Sowjetrußlands.

Das Geschrei vom revolutionären „Aufschwung“.

Die Zuspitzung der Gegensätze, wobei sich die staatsertreuende SP zur Arbeiterklasse immer mehr in Widerspruch setzt, schafft einen äußerst günstigen Boden für die kommunistische Bewegung. Dennoch stößt die Politik der Komintern die Arbeiter ab, statt sie anzuziehen. Es soll sich kein Kommunist täuschen lassen, wenn die Stalinpresse täglich vom revolutionären „Aufschwung“ schreit. Der Weg der herrschenden Clique in der Komintern führt nicht zu den Massen, sondern von ihnen weg. Falls es Stalin mit seinen Bürokraten gelingt, dazu noch den neuesten Kurs in der Gewerkschaftsfrage durchzusetzen, so werden die kommunistischen Parteien vollkommen abgeschnitten werden von den Massen. Zu welchem Verhängnis die opportunistische Politik Stalins führt, zeigt das

Anglo-russische Komitee

Es war dies eine Körperschaft gebildet aus Vertretern der Spitzen der englischen und der russischen Gewerkschaften. Die Annäherung an die „anständigen“ Spitzen um den Preis des Verzichts auf die Vertiefung der Gegensätze zwischen den sich nach links entwickelnden englischen Arbeitern und ihren verräterischen oder „links“ maskierten Führern, das war Stalins anglo-russische Linie. Damals hingen die Tomski und Co. an den Rockschößen der Purcell, Hicks, Citrine u. Co. Sie verpflichteten sich jede Einnischung zu unterlassen. Als die russische Opposition unter Führung Trotzky nach dem Verrat des Generalstreiks durch den Generalrat den sofortigen Bruch mit dem Generalrat forderte, stellten sich die Stalin, Bucharin, Tomski u. Co. auf den Standpunkt, die Beibehaltung des anglo-russischen Komitees sei weiter notwendig im Interesse der revolutionären Einwirkung auf das englische Proletariat... Bucharin bezeichnete den Block mit den Purcells als eine „organisatorische Brücke zu den Massen“. Mit ihrer „Einheitsfronttaktik“ stärkten die Stalin Bucharin die englischen Reformisten, die Lakaien der englischen Bourgeoisie, also die englischen Imperialisten. Mit dem Opportunismus ihrer anglo-russischen Taktik schwächten die Stalin-Bucharin die Position der englischen Arbeiter und der Sowjetunion.

Die australische „Rote Armee“, die von der kommunistischen Partei nichts wissen will. — Und die Kapitulation Ewerts, die von Aufschwung zeugt!

In der Sitzung des erweiterten Präsidiums des Ekki der KI, wo die neue Gewerkschaftsline beschlossen wurde, bemühte sich Losowski, Stalins Spezialist für gewerkschaftlichen Opportunismus, an zwei Beispielen den revolutionären „Aufschwung“ der internationalen Arbeiterbewegung zu beweisen. Diese Beispiele, so meint Losowski, schildern und beweisen diesen Aufschwung und die richtige Einstellung der Komintern und der Roten Gewerkschaftsinternationale.

In Australien bilden streikende Bergarbeiter zwei Abwehrgruppen gegen die Streikbrecher. Die eine Abwehrgruppe besteht aus 400 und die andere aus 350 Mann. Die bürgerliche Presse bezeichnet diese Abwehrgruppe als „Rote Armee“. Dieser „Aufschwung“ vollzieht sich, erklärt Losowski selbst: „Ohne Hilfe der Kommunistischen Partei!“

Weiters berichtet die „Prawda“ (24. Feber 1930), daß der Versöhner Ewert kapituliert hat. Losowski knüpft daran die Bemerkung, daß diese Tatsache die einem ganz anderem Gebiet entnommen ist, ebenfalls von Aufschwung zeugt...

Es ist erfreulich, daß in Australien einige hundert streikende Bergarbeiter gegen Streikbrecher Abwehrgruppen organisieren — unerfreulich ist, daß diese revolutionären Bergarbeiter in Australien trotz Bestandes einer kommunistischen Partei Australiens, von ihr nichts wissen wollen. Ob gerade das für die „richtige Einstellung der Komintern und der R.G.I.“ spricht, zweifeln wir. Daß aber die Kapitulation des lächerlichen Schilfrohrs Ewert vom „Aufschwung“ der internationalen Arbeiterbewegung „zeugt“, diese Behauptung kann wirklich nur dem bornierten Hirn eines Stalinlakaien entspringen.

Ultralinke „Verwechslung“

Die Verschärfung der Widersprüche der kapitalistischen Produktion, die ungeheure Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiter, die arbeiterfeindliche Politik der Sozialdemokratie in allen Ländern, all das schafft günstige Voraussetzungen für die kommunistische Bewegung. Wenn aber die Stalinführung die günstigen Voraussetzungen umlügt in einen „Aufschwung“, darauf ihren ultralinken Gewerkschaftskurs aufbauend, so verhindert sie die Entfaltung der günstigen Möglichkeiten zu positiven revolutionären Erfolgen, entzieht sie jeder revolutionären Entwicklungsmöglichkeit den Boden und leistet Vorschub der konterrevolutionären Arbeit der Sozialdemokratie.

Stalins „Weg zu den Massen“.

Hat seinerzeit (anglo-russ. Komitee) Stalin sich von den „soliden“ reformistischen Spitzen ins Schlepptau nehmen lassen, so torkelt er und seine Bürokraten als richtige Zentristen jetzt ins entgegengesetzte Extrem: „Die Auffassung von der Eroberung der reformistischen Gewerkschaften, muß entschieden abgelehnt und bekämpft werden.“ (Wiener „R. F.“ vom 9. Mai 1930.) Dabei aber haben sie nicht den Mut ihren wirklichen Standpunkt in der Gewerkschaftsfrage offen vor den Parteimitgliedern zu vertreten, sondern vollziehen die „Wendung“ in Raten.

Die „strittigen“ Fragen.

Zuerst läßt er durch Losowski folgende Fragen, die er als „strittig“ bezeichnet, der Mitgliedschaft zur Diskussion stellen:

1. Soll man in solchen Ländern wie Deutschland, England, Polen die Losung: „Arbeiter, tretet in die reformistischen Gewerkschaften ein“, beibehalten?

2. Wie soll die Gewerkschaftsopposition in solchen Ländern wie Deutschland, England und Oesterreich organisiert werden? Reichen die gegenwärtigen Organisationsformen der Gewerkschaftsopposition in den Verhältnissen der heranwachsenden Klassenkämpfe und des provokatorischen Verhaltens der Sozialfaschisten aus?

3. Wie soll man die Unorganisierten in denjenigen Ländern, wo keine revolutionären Verbände vorhanden sind, organisieren? Soll man die unorganisierten Arbeiter auffordern, in die reformistischen Gewerkschaften einzutreten oder soll man sie mit der Gewerkschaftsopposition zusammenfassen, und wenn ja, dann auf welcher Basis?

4. Ist die Frage der Schaffung neuer Gewerkschaften in solchen Ländern, wie z. B. Deutschland, bereits reif oder nicht? Falls ja, welche Wege sollen dann zur Verwirklichung dieser Aufgabe besprochen werden?

5. Was ist Sozialfaschismus und wieviel sind die reformistischen Gewerkschaften faschisiert?

6. Kann man die Losung der „Eroberung der reformistischen Gewerkschaften“ anwenden, oder ist es erforderlich diese Losung dialektisch durch eine andere Losung zu ersetzen, und zwar durch die Losung „Eroberung der Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften“, was selbstverständlich die Fortsetzung der Tätigkeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften voraussetzt?

Wozu diese jesuitischen Dreh's? „Soll man...“ — „wie soll...“ — „Ist die Frage...“ — „Falls ja...“ — „Was ist...“ — „kann man...“? Warum dies feige Herumdrehen um Fragen, die längst geklärt sind.

„Revolutionäre und Kommunisten müssen dort stehen, wo die Arbeitermassen sind.“ Das hat uns Lenin gelehrt.

„Der Bolschewismus ist gegen die Spaltung der Gewerkschaften. Ueber den Standpunkt des Leninismus in der Gewerkschaftsfrage kann uns vor allem die Praxis des Leninismus Aufschluß geben. Sie wissen, daß die erste politische Spaltung zwischen den Bolschewisten und Menschewisten schon 1903 bestand, also vor mehr als 20 Jahren, um von früheren Zeiten gar nicht zu reden. In der Frage der Gewerkschaften haben die Bolschewiki ganz anders gehandelt. Trotz aller politischen Spaltungen haben wir keine einzige Gewerkschaft gespalten, weder vor, noch während, noch nach der Revolution. Das gibt zu denken, Genossen. Auch nach der Oktoberrevolution waren die Gewerkschaften zum großen Teil noch in den Händen der Menschewiki. Und trotzdem haben wir alles getan, um einer Spaltung vorzubeugen. Später, als die Menschewiki in den Gewerkschaften nur noch einen ganz kleinen Teil bildeten, wurde von unserer Partei alles getan, um die Gewerkschaften von innen heraus zu gewinnen, ohne irgend welche Spaltung.“

Also, Genossen, wenn Sie die Praxis des Bolschewismus verstehen wollen, so dürfen sie diese grundlegende Tatsache nicht vergessen: 25 Jahre Spaltung auf politischem Gebiete, — die Menschewiki haben uns Berufsspalter genannt, — und keine einzige Spaltung auf gewerkschaftlichem Gebiet, weder im Moment, wo wir die Minderheit, noch im Moment, wo wir die Mehrheit in den Gewerkschaften hatten. Das ist eine grundlegende Tatsache aus der Geschichte der russischen Revolution und der Geschichte des russischen Bolschewismus...“

So Sinowjew auf dem V. Komintern-Kongress (als er nämlich das Debacle, daß er mit seinem Kurs auf neue Gewerkschaften herbeigeführt hatte, ver-tuschend von sich wälzen wollte).

Thälmann spricht schon offener aus, wohin sein Meister Stalin steuert:

„Aber die fünf Millionen im A. D. G. B. und die ungefähr eineinhalb Millionen in den christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften, wo ebenfalls die Frage der systematischen Lößreibung der Arbeitermassen von den verräterischen sozialfaschistischen und christlichen Führern steht, einfach fahren zu lassen, würde Verrat der proletarischen Revolution bedeuten. Deswegen stellen wir die Perspektive so, daß wir nicht zurückschrecken vor der Wahrscheinlichkeit der Entstehung neuer roter Gewerkschaften...“ (Kommunistische Internationale, 12. März 1930.)

Damit aber der Betrug von den Arbeiter-Kommunisten nicht durchschaut wird, führen diese feigen Schreihälse à la Schüller, Kopenig, Toman & Co. Scheingefechte vor. Da schreibt das österreichische Stalinorgan: „Ein wichtiges Mittel im Kampfe um die Eroberung der Mitglieder-massen der reformistischen Gewerkschaften ist die verstärkte Hineinziehung von neuen bisher unorganisierten Arbeitern in die Gewerkschaften...“ („R. F.“ 9. Mai 1930.) „Systematisch lößreiben“ — „nicht zurückschrecken vor der Wahrscheinlichkeit der Entstehung roter Gewerkschaften“, das ist das Ziel, — „Verstärkte Hineinziehung von neuen bisher unorganisierten Arbeitern in die — reformistischen — Gewerkschaften...“, damit soll das Ziel maskiert werden.

Derjenige Kommunist aber, der diesen zentristischen Unsinn und Schwindel durchschaut, sich dagegen wehrt, das ist ein „konterrevolutionärer Trotzkyt...“

Lenin zur Gewerkschaftsfrage.

Als die „Radikalen“ in der KPD die Gründung selbständiger Gewerkschaften forderten, da hat ihnen Lenin wie folgt geantwortet:

„Austritt aus den Gewerkschaftsverbänden! Ablehnung der Arbeit in ihnen! Schaffung von neuen ausgedachten Formen der Arbeiterorganisation! Das ist eine unverzeihliche Dummheit... Um den „Massen“ zu helfen und die Unterstützung und die Sympathie der „Massen“ zu erwerben, muß man nicht die Schwierigkeiten, die Intriguen, die List, die Beleidigungen und Verfolgungen seitens der „Führer“ fürchten (die als Opportunisten und als Sozialchauvinisten in der Mehrzahl der Fälle direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei verbunden sind) und unbedingt dort arbeiten, wo die Masse ist. Man muß Opfer zu bringen, die größten Hindernisse zu überwinden verstehen, um sie systematisch, beharrlich, hartnäckig-geduldig gerade in den Institutionen, Vereinen, Verbänden zu propagieren und zu agitieren, wo proletarische oder halbproletarische Massen sind.“ (Lenin: Der „Radikalismus“ die Kinderkrankheit des Kommunismus. Seite 31, 32.)

„Man muß verstehen die größten Hindernisse zu überwinden, systematisch, hartnäckig, geduldig zu arbeiten.“ Aber gerade das wollen und können die Zentristen nicht. Als richtige Opportunisten haben sie wie ihr Meister Stalin nur ein Ziel: sich oben halten, mag auch die Sache dabei zu Grunde gehen.

Gerade durch die stalinistische Wendung in der Gewerkschaftsfrage gewinnen die Rechten in Deutschland an Boden. Scheinbar bewegt sich die Linie der Rechten in der Gewerkschaftsfrage in leninistischer Richtung. Sie sind ja „auch“ gegen die „Spaltung“ und für die „Eroberung der reformistischen Gewerkschaften“. Die Rechten sind sehr geschwätzig in ihrer negativen Kritik. Ueber ihre positiven Ziele aber sind sie sehr schweigsam. Das Ziel der Gesamtpolitik der Rechten ist eine grundlegende Umstellung der kommunistischen Parteien zu den Kulaken („Bereichert Euch!“) und — zur Sozialdemokratie. Stalins Zentrismus stärkt die SP, aber die Einstellung der Rechten führt und muß führen zur SP, zur Liquidierung der KPOe., der uns Kommunisten als „Sozialdemokraten“ aus der KP ausgeschlossen hat und dann zur SP übergelaufen ist, zeigt das Ende der schiefen Ebene, auf der die Rieß, Schlamm, Schönfelder & Co. herunterrutschen.

Was ist aus den ehemaligen „selbständigen revolutionären Gewerkschaften“ in Oesterreich geworden?

Wir verstehen die Argumente vieler kommunistischer Arbeiter die uns immer wieder vorhalten, daß tausende ehrlicher Arbeiter von den reformistischen Gewerkschaften nichts mehr wissen wollen, angeekelt und enttäuscht die Gewerkschaft verlassen, keine Beiträge mehr bezahlen wollen, sich dafür lieber etwas zu essen kaufen. Aber wer von solchen (ge-

runtsmäßig begreiftlichen) Stimmungen zu dem Schluss kommt, selbständige „rote“ Verbände zu gründen, der vergißt Lenins Lehre, der vergißt unsere eigene Erfahrung.

Viele dieser unzufriedenen Arbeiter die sich zuweilen äußerlich sehr radikal gebärden, werden auch den „roten“ Verbänden ausweichen.

Die breiten Massen werden in den reformistischen Gewerkschaften bleiben trotz „roter“ Verbände und soweit Arbeiter den „roten“ Verbänden folgen, werden wir selten imstande sein selbständige erfolgreiche wirtschaftliche Kämpfe zu führen. Die Arbeiter, die zu den „roten“ Verbänden gestossen sind, werden sie dann enttäuscht wieder verlassen. Für all dies gibts tausende Beweise aus einer Zeit, da die Kommunistischen Parteien mächtiger waren als heute.

Was ist aus den vor Jahren in Oesterreich gegründeten selbständigen revolutionären Verbänden geworden?

Wo ist die „Tabakarbeiter-Union“? Wo der „Verband der Zimmerer“, der „Kappenmacher“, der „Lederarbeiter“? Und was ist aus dem von Toman gegründeten Verein der „Organisation der Straßenbahner Wiens“ geworden?

Die einzige „Tabakarbeiter-Union“ hat sich unter günstigeren Bedingungen wieder mit dem „Zentralverband der Lebensmittelarbeiter“ vereinigt. Darüber hat der „Rote Gewerkschaftler“, Organ für revolutionäre Gewerkschaftsbewegung — VII. Jahrgang Nr. 6 — wie folgt berichtet:

„Der Tabakarbeiterverband „Union“ ist im Begriffe, sich mit dem Lebensmittelarbeiterverband zu verschmelzen. Die „Arbeiter-Zeitung“ bricht in ein Freudengeheul aus und versucht die Sache so darzustellen, als wenn reumütig und demütig die Mitglieder der „Union“ in den Mutterverband heimkehrten. Dem ist nicht so. Als Gleiche mit Gleichen wurde die Verhandlung geführt, wurde bereits die erste gemeinsame Versammlung abgehalten und der Vorsitzende, ein Mitglied des Zentralvorstandes, hat es ausgesprochen: Einigung ohne Sieger und Besiegte.

Die Provokationen der Direktion, die Notwendigkeit gemeinsamer Abwehr haben die Einigung herbeigeführt. Von unten auf hat sich der Wille der Massen Bahn gebrochen und die Initiative der Betriebsräte mit Erfolg gekrönt. Die Einigung wird zur Wahrheit. Die Pensionistensektion der Tabakfabriken bleibt aufrecht, Funktionäre der „Union“ werden als Funktionäre des Lebensmittelarbeiterverbandes nach der Neuwahl weiterfungieren. Der Sekretär der neuen Gewerkschaft, Gen. Stiff, wird zwar nicht als Sekretär übernommen, aber er brachte gerne und freudig das Opfer für die Wiedervereinigung.“

Und wo sind die Mitglieder der übrigen Verbände? Der „Zimmerer“, „Kappenmacher“ und „Lederarbeiter“? Sie „dürften“ ohne Erfolg, in die „Freien Gewerkschaften“ wieder zurückkehren.

Was aber ist aus dem von Toman gegründeten „Straßenbahnerverband“ geworden? Nun eine Filiale der „Unabhängigen“, eine Heimwehr, eine faschistische Gewerkschaft!...

Es soll sich kein Kommunist täuschen lassen! Nicht in der Errichtung „eigener Laden“ besteht die revolutionäre Tätigkeit, sondern einzig und allein in der richtigen Anwendung der marxistisch-leninistischen Politik. Das ist der einzige Weg, der uns zu den Arbeitermassen führt. Es gibt keinen anderen!

Was tun?

Vielleicht werden wir die Gewerkschaften, so wie die russischen Bolschewiki, erobern erst nach der Eroberung der Macht im Staate. Für den Termin der Eroberung der reformistischen Gewerkschaften gibt es kein Rezept. Wir besitzen nur die unerschütterliche Ueberzeugung von der Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Lehre und alle Erfahrungen haben sie erhärtet. Unsere Aufgabe ist, die Lehre von Marx-Lenin richtig anzuwenden, dort kämpfend wo die Arbeitermassen sind.

Je mehr wir uns in den reformistischen Gewerkschaften festbeißen werden, — auch dann wenn die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten wütend um sich schlagen, desto mehr werden wir an Boden ge-

winnen. Die Gewerkschaften sind trotz aller Verwässerungen der Sozialdemokratie die historisch gegebene Form zur Sammlung aller Proletarier in einer Organisation, sagt Lenin.

Heraus aus der Sozialdemokratie, ja! Die sozialdemokratischen Parteien sind weder zu erobern noch zu reformieren. In den Gewerkschaften aber, sammeln sich nur die Arbeitermassen und die müssen wir erobern und mit ihrer Hilfe den Gewerkschaftsapparat. Mögen die rabiaten kleinbürgerlichen Gewerkschaftsbürokraten noch so wütend auf uns schlagen, zu den Mitteln der Massenauschlüsse, Verfolgung und Spaltung greifen. Wann wir verstehen werden, wie Lenin uns lehrt: „Die größten Hindernisse zu überwinden“, systematisch, hartnäckig, geduldig, zäh und klug innerhalb der reformistischen Gewerkschaften für unsere Auffassungen zu kämpfen, dann werden auch wir, so wie die russischen Bolschewiki, die Gewerkschaften erobern.

Heran an die Massen, heran an die Gewerkschaften! Nur über die Leiche des Scheinradikalismus führt der Weg zum revolutionären Realismus, zur ersten kommunistischen Partei. Schluß mit dem Scheinradikalismus in allen seinen Formen! Schonungsloser Kampf jeglichem Scheinradikalismus bis zur restlosen Ueberwindung! Nur im Kampf gegen die Rechten (Bucharin), gegen die Zentristen (Stalin), gegen die Ultralinken (Sinowjew), nur im Bund mit der Internationalen Linksoption unter Führung Trotzky's kommen wir: zur Gesundung der kommunistischen Parteien und der Komintern und — heran an die Massen.

Die Stalinbonzen kneifen! Zwingt sie zur Antwort!

Ein Wutschrei sondergleichen entringt sich der Rote Fahne (16. April). So schreit nur jemand auf, der ins Mark getroffen ist. Unser Rundschreiben an die Mitglieder der Partei war ein Volltreffer. Allein die Stalinbonzen kneifen vor den wichtigsten Fragen. Darum müssen wir sie nochmals stellen. Die Parteimitglieder, die Arbeiter müssen die Stalinbürokraten zur öffentlichen Stellungnahme in jeder einzelnen dieser Fragen zwingen.

Die Lebenshaltung der russischen Arbeiter. Für die kommunistische Rationalisierung!

Es geht den Arbeitern in Sowjetrußland schlecht und ihre Lage verschlechtert sich. Verglichen mit 1913 ist ihre Lage bestimmt besser: es geht den russischen Arbeitern auch heute noch bedeutend besser als unter dem Zarismus — acht Jahre Sinowjew, Bucharin,

Stalin haben nicht vermocht alles zu verwirtschaften, was sich die russischen Arbeiter unter Lenin-Trotzky erobert. Doch verglichen mit 1922, das heißt mit dem letzten Jahr in dem noch Lenin und Trotzky die Politik der Sowjetmacht und der Komintern führten, hat sich die Gesamtlage der russischen Arbeiter bedeutend verschlechtert.

Der Umstand, daß es den russischen Arbeitern schlecht geht, ist an sich für uns keineswegs Beweis, daß die Stalinpolitik falsch ist. Auch bei leninistischer Politik ist es möglich, ja unter Umständen unvermeidlich, daß die Arbeiter große Opfer auf sich nehmen müssen. Wir sind für Opfer der Arbeiter im proletarischen Staat und Sowjetrußland ist ein proletarischer Staat trotz Stalin.

Allein nur dann sind die Opfer der Arbeiter gerechtfertigt, nur dann ist eine Politik die den Arbeitern Opfer auferlegt richtig, leninistisch, wenn diese Politik wenigstens dazu führt, daß sie die Macht der Arbeiter im Sowjetstaat und die Macht des Sowjetstaates in der Welt stärkt: Denn diese Machtsteigerung wird es schließlich ermöglichen, die Opfer wettzumachen und mehr als wettzumachen.

Weil sie trotz der Opfer zur Schwächung der Macht der Arbeiter im Sowjetstaat und zur Schwächung der Macht des Sowjetstaates gegenüber der Bourgeoisie führt, darum bekämpfen wir die Politik Stalins als unleninistisch.

Die Machtstellung der russischen Arbeiter.

Die Macht der russischen Arbeiter in der Sowjetunion ist gegenüber 1922 gewaltig gesunken. Damals waren sie die Herren im Betrieb. Unter Stalin wurden sie entrechtet. Zuletzt ließ er ihnen nur noch den kommunistischen Fabriksdirektor. Jetzt hat Stalin auch den beseitigt. Die Kommandostellen in den Betrieben werden wieder übergeben den Angehörigen der früheren ausbeutenden Klasse, der Nepbourgeoisie.

Die Macht der russischen Arbeiter in der Partei ist gegenüber 1922 gewaltig gesunken. Die Arbeiter in der Partei sind nur noch dazu da das durchzuführen, was Stalin kommandiert. Arbeiter, die ein Wort kommunistischer Kritik wagen, fliegen aus der Partei heraus. Sie dürfen nur „Selbstkritik“ üben. Das heißt, sie dürfen nur sich selbst kritisieren, ob sie die stalinschen Kommandos gut durchgeführt. Bei Strafe des Ausschlusses aber dürfen sie nicht kritisieren die Politik der Führung, daß heißt Stalins.

Das Klassengewicht der Arbeiter in Sowjetrußland ist gegenüber 1922 gesunken, das Gewicht der russischen Arbeiter im Verhältnis zur Nepbourgeoisie, zu den Kulaken, zu den Bürokraten. Die „Vernichtung der Kulaken“ ist eine Stalinphrase. Im besten Fall vernichtet er einzelne Kulaken, ohne

die Kulakenklasse zu schwächen. Im Gegenteil. Indem Stalin unausgesetzt die der proletarischen Revolution ergebendsten Elemente der Arbeiterklasse aus der Partei ausschließt, nach Sibirien schickt, verbannt, peinigt, erschießt, schwächt er die Arbeiterklasse im Verhältnis zu den anderen Klassen, stärkt er die Nepbourgeoisie, Kulaken, Bürokraten, also die kapitalistischen Elemente im Verhältnis zur Arbeiterklasse.

Fordert Rechenschaft über die Erschießung des Kommunisten Bljumkin; Fordert Rechenschaft über die Erchießung der Kommunisten Ssiloff und Rabinowitsch!

Fordert Rechenschaft darüber, daß am 5. und 23. Feber 1930 im Gefängnis von Werchne Uralsk (Isolator) gegen die dort eingekerkerten 160 Oppositionellen die Prügelstrafe verhängt wurde, weil sie gegen das Gefängnisregime prote-

stiert hatten und daß an diesen und anderen Tagen gegen diese Genossen, bei bitterster Kälte Strahlen eiskalten Wassers geschleudert wurden, um sie zu — „beruhigen“.

Fordert Rechenschaft, daß der sterbenskanke Rakowsky bewußt zu Tode gepeinigt wird!

Fordert Rechenschaft, daß Trotzky im Ausland in der Verbannung gehalten wird!

Im Vergleich 1922 ist die internationale Machtgeltung der Sowjetmacht infolge der Stalinpolitik gesunken. Gewiß hat die Hauptschuld die verräterische Politik der SP. Aber Stalin erleichtert ihr die Arbeit. Unter Lenin und Trotzky hat die Weltbourgeoisie vor Sowjetrußland gezittert — heute tritt sie immer frecher gegen Sowjetrußland auf, weil die Sowjetmacht geschwächt wurde und geschwächt wird durch die Stalinpolitik.

Der Aufbau in Sowjetrußland.

Wird in Sowjetrußland aufgebaut? Ja! Wenn man die Schwierigkeiten berücksichtigt, mit denen Sowjetrußland zu kämpfen hat, so stellen seine Aufbauleistungen in Schatten, was die kapitalistischen Staaten an Aufbau leisten. Stalins Aufbau verdient Bewunderung — vom kapitalistischen Standpunkt.

Vom proletarischen Standpunkt müßte man den stalinschen Aufbau bewundern, wenn er die Macht und die Lebenshaltung oder wenigstens die Macht der russischen Arbeiter heben würde. Beides leistet der stalinsche Aufbau nicht. Ein Aufbau, erzielt auf Kosten der Arbeiter, bei steigender Arbeitsleistung, bei sinkender Lebenshaltung und vor allem bei sinkender Macht der Arbeiter, bei steigender Macht aber der kapitalistischen Elemente, ein solcher Aufbau ist Beweis nicht für die Richtigkeit sondern für die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Stalinpolitik für das Proletariat.

Stalin ist nicht Sowjetrußland.

Die Stalinbürokraten suchen die Parteimitglieder und Arbeiter dadurch zu täuschen, daß sie ihnen die Kritik an der Stalinpolitik verschwindeln als einen Angriff auf Sowjetrußland. Wir denken nicht daran die Sowjetmacht anzugreifen. Wir sind vorbehaltlos für den Kampf gegen jeden Feind Sowjetrußlands, wer immer es sei, mit allen Mitteln, im Interesse des Weltproletariats. Aber gerade darum: weil Politik, System und Methode Stalins die russischen Arbeiter, die russische Partei, die Komintern, die Sowjetmacht, die Weltrevolution, den Kommunismus schwächt, gerade darum muß Politik, System und Methode Stalins bekämpft werden im Interesse der russischen Arbeiter, der russischen Partei, aller kommunistischen Parteien, der Komintern, der Sowjetmacht, der Weltrevolution, des Kommunismus.

Die Stalinbonzen sind nicht die Partei!

Denselben Schwindel versuchen die Stalinbonzen im österreichischen Maßstabe. Die Kritik an ihrer Politik lügen sie um in einen Angriff auf die KP. Wir denken nicht daran die Partei anzugreifen. Die österreichischen Arbeiter brauchen nichts so dringend wie eine starke KP. Aber gerade darum: Weil die Politik der österreichischen Stalinbonzen die Partei schwächt, gerade darum muß Politik, System und Methode der österreichischen Stalinbürokraten bekämpft werden im Interesse der Partei!

Daß die Politik der Stalin-Apparatschiki die Partei immer tiefer führt, das beginnt allen ernstesten Elementen in der Partei einzuleuchten. Die neue Gewerkschaftspolitik die auf Gründung neuer Gewerkschaften losgeht, wird mit ihrer Praxis und ihren „Erfolgen“ allen ehrlichen Elementen in der Partei die Augen öffnen. Wir gehen hier nicht darauf ein, weil wir diese Frage an anderer Stelle dieses Blattes behandeln.

Der Wutschrei der „R. F.“ richtet sich gegen die Linksoption, schweigt aber über die Rechten. Das ist kein Zufall: Da sich Stalin (der objektive Helfer der Kulaken) augenblicklich den Rykow-Bucharin genähert hat, diesen bewußten Kulakenfreunden („Bereichert Euch!“), so wollen seine Apparatschiki in Oesterreich gegen die österreichischen Verbündeten der russischen Rechten, gegen die Rief,

Schlamm, Schönfelder & Co. jetzt nicht aufmucken.

Laßt euch nicht betören vom „Zustrom“. Es wäre ein Wunder, wenn bei dem immer sinnfälligen Verrat der SP, nicht trotz des stalinistischen Bankerotts Arbeiter zur KP kämen. Aber diese Arbeiter gehen wieder verloren, denn unter den Stalinbürokraten ist die Partei ein Durchhaus.

Die Gesundung der Partei durch leninistischen Kampf gegen Stalin.

Alle ernstesten Elemente in der Partei sind sich heute bereits klar darüber, daß die Schüller, Koplenig, Benedikt mit ihrer Politik die Partei immer tiefer führen. Was diese Genossen noch nicht begreifen, ist dieses: Die Politik des ZK ist zwangsläufige Folge der russischen Politik Stalins. Zur Durchführung seiner, dem Proletariat schädlichen Politik kann sich Stalin nur solcher Leute bedienen, die bedenkenlos alles durchführen, mag es auch die Arbeiterklasse und die proletarische Revolution fort und fort schädigen — solange ihnen Stalin ihren Gehalt zahlt. Darum fordern sie blinde Disziplin, Disziplin für jede Politik. Kommunisten halten Disziplin nur proletarisch-revolutionärer Politik! Einer Politik, die die Arbeiterklasse, die die proletarische Revolution fort und fort schädigt und die Möglichkeit der Aenderung fort und fort mechanisch verhindert; einer solchen Politik Diszi-

plin zu halten, ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse und an der Revolution, gegenüber einer solchen Politik ist es Pflicht die Disziplin zu brechen und sie und ihre Träger zu bekämpfen. Die Stalinpolitik in Oesterreich ist nicht zu ändern ohne die Stalinpolitik in der Komintern, ist nicht zu ändern ohne die russische Stalinpolitik zu ändern.

Stalin gefährdet die Sowjetmacht. Die Sozialdemokratie schreit nach der Einführung der bürgerlichen Demokratie in Sowjetrußland, ein offenkundiger Lakaiendienst für die Weltbourgeoisie. Es gilt die proletarische Demokratie, die proletarische Diktatur in Sowjetrußland zu behaupten, die durch Stalin gefährdet wird, zu behaupten durch leninistische Reform von Partei und Komintern.

Kampf um die Gesundung der Partei, heißt Kampf um die Gesundung der Komintern, Kampf um die Gesundung der Komintern heißt Kampf um die Gesundung der russischen Partei. Kampf um die Gesundung der russischen Partei heißt: Schluß mit der Stalinpolitik! Schluß mit dem zentristischen Schwanken zwischen ultralinken Abenteuern und dem Abgleiten nach rechts! Zurück mit der Linksoption in die Partei! Vorwärts zu leninistischer Politik, zu revolutionärer Realpolitik unter Führung Trotzky! Vorwärts zur Gesundung von Partei und Komintern!

Zur Frage unserer Wahltaktik vom Jahre 1927.

Die Bachlechner-Versammlung, die wir am 24. April abgehalten haben, war ein bedeutender Erfolg. Der Raum unseres Blattes ist zu klein, wir können nur ausnahmsweise über solche Veranstaltungen berichten. Insbesondere aus dem Grund war diese Versammlung ein großer Erfolg, weil der Versuch des stalinischen ZK und der stalinischen Jugendzentrale durch eine etwa fünfzigköpfige Sprengkollonne die Versammlung zu sprengen vollkommen mißlang. Mehr noch. Der tiefe Eindruck der Ausführungen unseres Redners auf die ernstesten Parteimitglieder, die anwesend waren, war insbesondere nach dem Schlußwort — vorausgegangen war eine wüste Hetzrede eines vom ZK entsendeten Diskussionsredners — unverkennbar.

Unter anderem hatte ein Genosse gerufen: Und was ist mit eurer Wahltaktik?! Unser Redner gab darauf die nötige Aufklärung, die ebenfalls tiefen Eindruck machte und widerspruchlos angehört wurde. Eine Anzahl ehrlicher mit uns sympathisierender Parteimitglieder hat uns ersucht, die Aufklärung über unsere Wahltaktik zu veröffentlichen, damit die Mißverständnisse, die darüber bei vielen Parteimitgliedern bestehen, behoben werden. Gerne kommen wir diesem Wunsche nach.

Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß die Frage, ob die KP in einem besonderen Fall bei Wahlen in eine parlamentarische Körperschaft ihre Stimmen der SP geben kann, keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage ist. Lenin ließ es 1907 in einem besonderen Falle zu, daß Bolschewiken für die Kadetten (eine bürgerliche Partei) stimmen. (Siehe Lenin „Ueber Organisationsfragen“ 1924, Seite 22—23.) Und nach dem Krieg trat Lenin in einem bestimmten Fall dafür ein, daß die englischen Kommunisten ihre Stimmen der Labourparty geben. Diejenigen also, die über unsere Wahltaktik Verrat geschrieben haben und Verrat schreien, mögen sich zuerst in das A B C des Marxismus-Leninismus vertiefen.

Wir haben 1927 der Partei folgende Taktik vorgeschlagen: Auf der Grundlage einer breiten Massenkampagne für die akutesten Tagesfragen möge die Partei der SP öffentlich den gemeinsamen Kampf dafür vorschlagen, mit Losungen, annehmbar vom Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeitermassen. Sie möge sich zugleich bereit erklären bei öffentlicher Annahme der vorstehenden Bedingung in den Aprilwahlen für die SP zu stimmen. Falls die SP das ablehnt, so möge die Partei dennoch für die SP stimmen und die so gesteigerte Möglichkeit zur breitesten kommunistischen Agitation und Propaganda und Mobilisierung der Massen ausnützen.

War die von uns der Partei vorgeschlagene Taktik richtig? Wenn die Partei unseren Vorschlag angenommen hätte, es wäre zum großen Vorteil für die Partei gewesen, sie wäre breit an die Massen herangekommen, die Massen wären ihr noch nicht gefolgt, aber sie hätten ihr willig das Ohr geliehen. Gewaltige Auswertungsmöglichkeiten hätten sich ihr eröffnet. Die Partei lehnte unseren Vorschlag ab, sie wendete sich wohl mit einem Angebot an die SP, allein mit vom Standpunkt der Masse unannehmbaren Bedingungen, was zu großem Mißerfolg geführt hat und führen mußte.

Eine ganz andere Frage ist, ob es richtig von uns war — nachdem die Partei unseren Vorschlag abgelehnt hat — daß wir als ausgeschlossene Fraktion dennoch die Losung gaben für die SP zu stimmen. Wir haben damals die Frage bejaht, obwohl alle Genossen voraussahen, daß dies unser Verhältnis zu den Parteimitgliedern und zu den oppositionellen Gruppen in den anderen Ländern erschweren würde. Es gab einzelne Genossen, die diesen Nachteil schon damals außerordentlich hoch eingeschätzt haben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Nachteil noch größer war als selbst diese Genossen vorausgesehen haben. Das ZK benützte unsere Taktik, um die Verhetzung gegen uns und vor allem die geistige Verwirrung der Mitglieder aufs höchste zu steigern. Hätten wir die entgegengesetzte Taktik eingeschlagen — nämlich nachdem die Partei unseren Vorschlag abgelehnt, die Taktik der Partei dennoch mitzumachen

— so wäre dies dem ZK in diesem Maße bestimmt nicht gelungen und wir wären an die ehrlichen Elemente in der Partei sicher näher herangekommen.

Andererseits hatte unsere Taktik unzweifelhafte Vorteile: Seit Herbst 1922 führen wir den Kampf für die Parteigesundung. Schon im Dezember 1922 wurden mit Unterstützung der Komintern gegen uns jene Methoden begonnen, die dann in den anderen Sektionen erst später zur Anwendung kamen. Diese Methoden wurden noch gesteigert von allen Nachfolgern bis zu Stalin und seinen Machern. Niemand hat sich um uns gekümmert, niemand gab uns die geringste Hilfe, weder mit Rat, noch mit Tat. Im Gegenteil, an uns wischte sich beinahe jeder die Stiefel ab. Wir waren vollkommen auf uns angewiesen. Ohne unsere Taktik 1927 — wir hatten damals schon fünf Jahre des aufreißenden Kampfes hinter uns — wären wir wahrscheinlich untergegangen. Es war ein teurer Preis den wir zahlten, aber die Wahltaktik hat uns den Weg zu den sozialdemokratischen Arbeitern wesentlich geebnet. Sie gab uns die Möglichkeit unsere kommunistische Agitation und Propaganda wirklich in die Massen zu tragen und neue Kräfte zu gewinnen. Das war und ist nicht nur ein Vorteil für die Partei: Die Selbstbehauptung der Opposition war und ist vom Standpunkt der Zukunft der Partei ein Parteinteresse.

Aber noch mehr. Der durch lange Jahre von der Partei getriebene Scheinradikalismus hatte zur Folge, daß die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter die Kommunisten — die korrupten Elemente bei Seite gelassen, — für ehrliche, opferwillige Kämpfer ansieht, sie aber im politischen Sinne als Kinder oder Narren wertet, bar jedes realpolitischen Sinnes. Selbst den vielen sozialdemokratischen Arbeitern, die sich 1927 in die Illusion wiegten unsere Wahltaktik sei unser erster Schritt zur SP, selbst diesen dämmert zugleich mit dem Verfliegen ihrer Illusion allmählich, nicht zuletzt durch unsere Wahltaktik auf, daß Kommunismus und Realpolitik nicht Gegensätze sind. Wenn es in den Köpfen von sozialdemokratischen Arbeitern leise aufzudämmern beginnt, daß es nicht heißt entweder Scheinradikalismus oder Sozialdemokratie, sondern daß heißt, weder Scheinradikalismus noch Sozialdemokratie, sondern revolutionäre Realpolitik, so hat in Oesterreich dazu wesentlich beigetragen unsere Taktik 1927. Auch das ist ein Aktivismus für die Partei, das noch seine Zinsen tragen wird.

Und waren es wirklich kommunistische Ideen, die wir damals im Wahlkampf in die sozialdemokratischen Arbeiter getragen haben? Wir begnügen uns jene Stellen aus unserem Wahlaufufruf anzuführen, die zeigen, wie wir im März 1927 auf die kommenden Ereignisse vorbereitet haben.

„Darum muß sich das Proletariat vorbereiten, den Gewaltstreik der Konterrevolution durch politisch-ökonomischen Massenkampf, durch Generalstreik und letzten Endes mit den Waffen niederzuringen. Darum — so wie die Faschisten! — muß das österreichische Proletariat schleunigst militärisch rüsten!

Bleibt das Proletariat ungerüstet, unbewaffnet, so wird uns bei der heutigen Lage die österreichische Konterrevolution trotz Generalstreik niederwerfen.

Rasch naht die wirkliche Entscheidung! Rascher als Ihr es Euch träumen läßt wird er da sein, der blutige Angriff der Konterrevolution!

Stürzt die bürgerliche Regierung! Verhindert jede Koalitionsregierung! Kämpft um die Arbeiter- und Bauernregierung!

Seid bereit zu politisch-ökonomischen Massenkämpfen, zu Massendemonstrationen, zum Generalstreik!

Waffen in die Hände der Arbeiter! Wohl ist es von größter Bedeutung, daß das Proletariat in den Wahlen der Konterrevolution eine Abfuhr gibt. Der Wahlausgang bricht aber auf keinen Fall die Angriffskraft der Konterrevolution! Nur wenn das

Proletariat alle wirtschaftlichen Angriffe der Bourgeoisie abwehrend der offenen Konterrevolution bewaffnet entgegentreten kann, wird es die Pläne der Reaktion, zu Schanden machen.

Waffen in die Hände der Arbeiter!

Ohne Waffen gegenüber der organisierten, bewaffneten Konterrevolution sind wir geschlagen trotz Stimmzetteln, ja selbst trotz Generalstreik! Mit den Waffen in den Händen brauchen wir uns nicht zu fürchten! Keinen Seipl, keinen Horthy, keinen Mussolini! Sie alle stehen auf dem Pulverfaß und auch im kleinen Oesterreich kann der Funke losgehen, der sich zum gewaltigen Feuer auswächst, das sie alle verschlingt. Noch steht Sowjetrußland, noch steht die Rote Armee! Vor allem und vor allem aber noch stehen wir selbst, noch steht die herrliche österreichische Arbeiterklasse, deren Macht unzerbrechlich ist, wenn sie zum äußersten Kampf entschlossen ist, zum Kampf mit allen Mitteln, politisch und ökonomisch, mit Massendemonstrationen, mit Generalstreik und — wenn sein muß und es wird sein müssen — zum Kampf auch mit den Waffen!

Nicht die Wahlen entscheiden — entscheiden wird die revolutionäre Entschlossenheit, der Tatwille, die Tatkraft der Arbeiter-

klasse!

Nicht die Wahlen verhindern die räuberischen Ausbeuterpläne der Kapitalisten! Nicht die Wahlen bringen dem Proletariat Besserung seiner Wirtschaftslage. Die kapitalistischen Raubpläne verhindern, dem Proletariat Besserung der Lebenslage: Arbeit, Brot, mehr Brot, höhere Löhne, Achtstundentag, Mieterschutz, höhere Arbeitslosenunterstützung, Altersversicherung, usw. usw. bringen kann einzig und allein der Massenkampf, der wirkliche Kampf, der revolutionäre Klassenkampf!

So sprach unser Wahlaufufruf (Arbeiterstimme März 1927) vier Monate vor dem 15. Juli zu den sozialdemokratischen Arbeitern. Weil wir der SP die Stimmen gaben, darum haben die sozialdemokratischen Arbeiter uns angehört, wo immer wir zu ihnen sprachen. Unsere Stimme war freilich viel zu schwach, um durchzudringen: Hätte die Partei diese Taktik durchgeführt, sie hätte den kommunistischen Samen weit unter die Massen gesät, hätte die Massen wirksam auf den 15. Juli vorbereitet, hätte nach dem Juli die Früchte in größtem Maße geerntet. Die Partei hat anders gehandelt — mit welchem Ergebnis, das haben die Tatsachen gezeigt: trotz dem 15. Juli, trotz allem was nachgefolgt ist, die Arbeiter blieben weiter im Schlepptau der Sozialdemokratie. Schuld daran ist nämlich die gesamte Politik der Partei, allein ihre Wahltaktik von 1927 spielt darin eine nicht unwesentliche Rolle.

Nach mehr als drei Jahren auf unsere Taktik von 1927 rückblickend sagen wir: Unsere Wahltaktik war prinzipiell zulässig und, wenn die Partei sie gemacht hätte, hätte sie gewaltige Möglichkeiten gewonnen an die Massen heranzukommen, sie auf die kommenden Ereignisse vorzubereiten und die KP stärken zu können. Parteipolitisch war — trotz ihrer Vorteile — unsere Wahltaktik von 1927 in der Kernfrage ein sehr bedeutender Nachteil: in der Frage nämlich, die unsere Grundaufgabe ist, in der Frage der leninistischen Einigung der Partei. Wir halten das gerade heute zu sagen als besonders notwendig, weil die ganze Lage immer zwingender schreit nach der Einigung, nach der leninistischen Gesundung der Partei.

Die Bewertung von heute ist nicht endgültig. Bis einmal später die Früchte unserer Taktik der geeinigten Partei in ihrer Praxis unzweifelhaft sichtbar werden, dann kann diese Bewertung abgeändert werden: nicht durch uns, aber durch die geeinte gesunde Partei.

Zur Altersversicherung!

Von H. Kroupa.

In allen Bezirken werden jetzt Betriebsräte- und Vertrauensmännerkonferenzen abgehalten, in denen die Altersversicherung durch den Verband auf der Tagesordnung steht. Die Vertrauensmänner sind zum Großteil der Ansicht, daß es Aufgabe der Gewerkschaft ist, den Kampf für eine ausreichende Altersversicherung durch den Staat zu führen, daß es aber unzulässig ist die Gewerkschaft zu einem Versicherungsinstitut zu machen. Gerade das aber wollen die Gewerkschaftsbürokraten.

In der Konferenz anlässlich des Antiterrorgesetzes sagte Otto Bauer: Wenn wir hunderttausend neue Gewerkschaftsmitglieder gewinnen kann uns das Antiterrorgesetz nichts anhaben. Janetschek wieder sagte auf einer Bezirkskonferenz: Wir rechnen damit, daß wir durch die Erhöhung des Beitrages auf zwei Schilling pro Woche etwa dreißigtausend Mitglieder verlieren werden.

Daß die Gewerkschaftsbürokratie entschlossen ist, selbst unter dem Preis der Schwächung der Gewerkschaften diese Karrikatur einer Altersversicherung oder wie man es in letzter Zeit nennt, den „Zuschuß“ zur staatlichen Altersversicherung durchsetzen, selbst gegen den Willen des Großteils der Mitgliedschaft, daran kann heute niemand mehr zweifeln.

Auf der ganzen Front greift die Reaktion an. Nach der Aenderung der Verfassung, das Antiterrorgesetz. Was hat die Gewerkschaft dagegen getan? Nichts! Konferenzen wurden abgehalten, Resolutionen verfaßt, um die sich kein Teufel kümmert, weil unsere Gegner wissen, daß kein ernster Kampfwille der Führung dahinter steckt. Genau so wenig tun die Gewerkschaften gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, gegen die Erhöhung der Zölle und Massensteuern. Dazu kommen direkter Lohnabbau, Erhöhung der Mietzinse usw. All das muß schließlich die Arbeiterschaft zur Gegenwehr zwingen. Das sehen auch die Gewerkschaftsbürokraten voraus. Darum bereiten sie gemeinsam mit der Kapitalistenregierung jetzt schon die Einführung des

Schlichtungswesens vor, mit dem sie jeden größeren Gwerkschaftskampf dem Schiedsspruch eines von der Regierung eingesetzten Schlichters unterwerfen, also von Haus aus unmöglich machen. Dadurch wird die Gefahr herbeigeführt, daß das Interesse der Arbeiter an der Gewerkschaft erlahmt, weil sie ihnen keinen Schutz mehr bietet. Das sehen die Führer voraus. Und eben darum wollen sie „vorbauen“, wollen sie der Gewerkschaft eine neue „Zugkraft“ schaffen durch — Einführung der Altersversicherung.

Genau derselbe Schwindel ist es mit der „Erhöhung“ der Streikunterstützung. Jeder künftige Streik fällt unter den Schiedsspruch der Schlichtungskommission, die „paritätisch“ so zusammen gesetzt ist, daß Unternehmervertreter und Regierungsvertreter zusammen die Mehrheit haben, der Schiedsspruch folglich immer gegen die Arbeiter ausfallen muß. Wer sich dem Schiedsspruch nicht unterwirft, vergeht sich gegen die Gewerkschaft, verliert den Anspruch auf Unterstützung. Auf diese Art wird auch die Erhöhung der Streikunterstützung wirkungslos, ist nur Köder für Gimpel.

Unsere Alten sehen sich nach einem arbeitsvollem freudlosem Leben dem Nichts gegenüber; denn das Angebot an jungen Arbeitskräften ist so groß, daß die Alten gar keine Aussicht haben jemals wieder eingestellt zu werden. Aber es ist nicht Egoismus der Jungen, wie Janetschek in einer Konferenz sagte, sondern ehrliche Empörung über den Egoismus der Bürokraten, die für ihre Interessen das Elend der Alten einspannen.

Metallarbeiter! Laßt euch nicht einfangen mit dem Altersversicherungs-„zuschuß“ und „Erhöhung“ der Streikunterstützung! Duldet nicht das Ausspielen der Alten gegen die Jungen! Duldet nicht die Lahmung der Gewerkschaft! Zwingt die Bürokratie zum Kampf für ausreichende staatliche Altersversicherung, für volle Aufrechterhaltung und Ausbau der Arbeitslosenversicherung gegen Lohndruck, gegen Zölle und Massensteuern, gegen Verelendung!

Nachwort zum Antiterrorgesetz.

Was wir voraussagten ist eingetreten. Die Sozialdemokratie hat das Antiterrorgesetz der Bürgerlichen geschluckt. Um diesen Unfall, den viele Arbeiter schon als Verrat an ihren Interessen empfinden, zu rechtfertigen, stellt die „A.-Z.“ fest, daß die Angriffslust der Reaktion sich bedeutend verstärkt hat. Ursache: 1. Wirtschaftskrise. 2. „Als die alte k. u. k. Armee zersprengt war, als die Bourgeoisie über keine Gewehre gegen die Arbeiter verfügte, da war sie ängstlich, vorsichtig, nachgiebig. In dem Maße, in dem es ihr gelungen ist, sich wieder gegen die Arbeiter gedrehte bewaffnete Macht aufzurichten, wurde sie selbstbewußt, angriffslustig, übermütig. So wagt sie jetzt Angriffe, die sie vor wenigen Jahren noch nicht gewagt hätte.“ — Ihr Bauer, Adler, Deutsch, Renner, Seitz u. Co.! Wer war es, der die Gewehre aus den Händen der Arbeiter nahm, die Fabrikwehren entwarf, den Arbeiterrat zerschlug, die Volkwehrebataillone zerließ, die revolutionären Soldatenräte maßregelte, revolutionäre Wehrmänner zu anderen Bataillonen versetzte und aus der Volkwehr hinauswarf? In wessen Auftrage handelten die Stransky & Co.? Wer löste schließlich die Volkwehr auf und schuf diese Wehrmacht? Wer schuf das neue Wehrgesetz, das sich Vaugoin nicht besser wünschen kann? Wer verschächerte die Polizei von Wr. Neustadt, St. Pölten, Graz, Steyr usw. an Schober, an die Reaktion? Ihr, die Bauer, Adler, Deutsch, Renner, Seitz u. Co. seid es, die sich 1918 als schützende Mauer vor die Kapitalisten stellten, die ihr dem Proletariat einredet, ihr würdet das Proletariat auf gewaltlosem Wege zur Macht führen. Ihr habt dem Proletariat eingeredet, es sei nicht reif zur Machtübernahme, obwohl ihr wußtet, daß das Proletariat der kapitalistischen Gesellschaft nie „reif“ werden kann, sondern erst, wenn es zur Macht gelangt ist. Ihr habt den kapitalistischen Staatsapparat gegen die revolutionäre Opposition im Arbeiterrat verteidigt, die die Säuberung des Staatsapparates von allen reaktionären Elementen und Ersetzung derselben durch dem Proletariat treu ergebene Elemente forderte. Ihr habt die Kapitalisten wieder in den Sattel gehoben, habt mit dieser bluttriefenden Gesellschaft Koalition gemacht, habt ihnen den Weg geebnet, zu der Diktatur, an der sie jetzt arbeiten. Als der Mohr seine Schuldigkeit getan, konnte er gehen. Die Kapitalisten brauchen den SP-Mohren nicht mehr, wenigstens jetzt nicht. Der Mohr zeigt den Kapitalisten immer wieder wie brav er ist, er hat die Verschlechterung des Mietgesetzes geschluckt, zuvor schon das Anforderungsgesetz geopfert, dann die Schoberverfassung geschluckt, jetzt das Antiterrorgesetz und er kündigt schon an, daß er noch mehr schlucken wird, daß er alles schlucken wird. Nur eines will der Mohr von den Kapitalisten: nur ein Wunsch hat er, und dieser Wunsch ist „Koalition“! Dieses Ziel zu erreichen gibt es nur ein Mittel, schreibt die „A.-Z.“: „Alle Kraft daransetzen, daß wir bei den nächsten Wahlen so stark werden, das eine regierungsfähige bürgerliche Mehrheit gegen uns nicht mehr existiere. Die Bürgerlichen mögen die Wahlen noch so verschleppen, — binnen einem Jahre müssen sie stattfinden. Und die Zahl der Mandate, die wir erobern müssen um so stark zu werden, daß ohne

und gegen uns im Parlament nicht mehr zu regieren sein wird, ist gar nicht so groß. Das Ziel ist erreichbar!“ Unter anderem konstatiert die „A.-Z.“, daß die Macht des Proletariats von Etappe zu Etappe, von Mietengesetz zur Verfassung und von da zum Antiterrorgesetz immer schwächer wird, was leider wahr ist — dank der Sozialdemokratie. Und du Prolet wirst fragen, ja wie weit geht denn das? Es muß doch einmal mit dem Sinken ein Ende sein! Und die Antwort auf diese Frage ist so manchem bitter, denn sie heißt: „Das Proletariat wird noch tiefer sinken, es wird so lange sinken, bis es erkennt, daß die Sozialdemokratische Partei nicht ist die Partei der proletarischen Klasse, sondern die Partei des fortschrittlichen Teiles des Kleinbürgertums. Und erst bis die Arbeiter daran gehen, sich ihre proletarische Klassenpartei zu schaffen und unter ihrer Führung zu kämpfen, dann erst beginnt die Wendung zum Besseren. Die Partei des Proletariats kann nur eine kommunistische, eine ernste kommunistische Partei sein. Diese Partei kann nur geschaffen werden durch den Kampf um die Gesundung der bestehenden kommunistischen Partei. Diesen Gesundungskampf führen wir, die KPOe (Opposition), und die klassenbewußten Arbeiter müssen uns unterstützen.“

H. K.

Aufforderung.

Als wir am 1. Mai verhaftet in der Zelle saßen, erklärte mir das ZK-Mitglied Benedikt: „Trotzky hat am 12. Jahrestag der Revolution ein Rundschreiben verbreiten lassen mit dem Inhalt, im Kriegsfall müsse Sowjetrußland bekämpft werden. Ich fordere hiemit Benedikt auf, zum Beweis seiner ungeheuerlichen Behauptung das Dokument in der „Roten Fahne“ zu veröffentlichen. Tut er das nicht, so erkläre ich ihn als ehrlosen Verleumder.“

Ladislaus Beran.

NOTIZEN

2. Internationale. Adler u. Co. fordern die Einführung der bürgerlichen Demokratie in Rußland — „zur Rettung der Sowjetmacht!...“ Die österreichischen Arbeiter haben sie auf dem demokratischen Weg schon zum Abgrund geführt, nun wollen sie auch die Sowjetrußlands dahin bringen. Nichts zeigt die Verlogenheit dieser „pazifistischen“ Gesellschaft so kraß, wie ihr Verhalten zur indischen Revolution. Durch dick und dünn mit Mac Donald, der die indischen Arbeiter und Bauern niederknallen läßt für den Geldsack der englischen Imperialisten.

China. Die Stalinpresse schwindelt die Bauernunruhen, die Nachhutgefechte der geschlagenen großen Revolution von 1926—27 sind, um in den Auftakt einer sozialen Revolution. Das sichere Zeichen, daß Hochstapler Stalin Abenteuer plant. Offenbar um den nahenden russischen Parteitag „vorbereiten“...

„Der Sieg über den Kulaken.“ Unter diesem Titel berichtet die „R. F.“ vom 23. Mai, daß der russische Saatplan bis 15. Mai zu 65 Prozent durchgeführt ist. Ein Drittel des Bodens noch unbesät! Ein schöner „Sieg“. Möge es gelingen den Saatplan durchzuführen. Sehr wahrscheinlich ist es leider nicht, denn zu groß sind die Wunden, die Stalin mit dem wahnwitzigen Tempo seiner Kollektivierung der Sowjetwirtschaft geschlagen hat. Die Schönfärbereien der Stalinpresse täuschen nicht die Klassegegner, aber sie führen

irre die Arbeiter. Wenn die Dinge in Sowjetrußland als glänzend dargestellt werden, so erschwert man die Mobilisierung des Durchschnittsarbeiters zur Unterstützung der Sowjetmacht. Das revolutionäre Interesse fordert, der Arbeiterschaft die ungeschminkte Wahrheit über Sowjetrußland zu sagen. Nur so ist die Mobilisierung der großen Massen für die Sowjetmacht möglich. Denn das eine Katastrophe Sowjetrußlands die größte Katastrophe des Weltproletariats wäre, das weiß jeder Arbeiter.

Spendet für den Preßfond der „Arbeiter-Stimme“!

Wir haben die diesmalige Nummer der „Arbeiter-Stimme“ ohne den Preis zu erhöhen, sechsheitig erscheinen lassen. Wir appellieren an unsere Leser, sie mögen durch eine einmalige freiwillige Preßfondspende uns helfen, die erhöhten Druckkosten zu decken. — Gleichzeitig rufen wir alle unsere Leser auf, mit doppelter Kraft die Werbung neuer Leser und Abonnenten fortzusetzen. Spenden können an die Verwaltung der „Arbeiter-Stimme“, Wien, XVI., Hyrtlgasse 19/4, Beran Franz, eingesendet werden. Bestellungen, Abonnementanmeldungen an dieselbe Adresse.

Die Administration.



Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Zentraler Sitz:

Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47

Auskünfte und Aufnahmen jeden Mittwoch und Freitag von 7 bis 10 Uhr abends.

Aus den Statuten § 1: Der Arbeiterkulturbund „Spartakus“ hat den Zweck, marxistische Kulturarbeit zu leisten.

Wandergruppe:

Pfingsten: Zweitagesspartie nach Passauerhof. Details beim Diskussionsabend am 2. Juni. Führer: F. Beran.

Sonntag, 15. Juni: Badeausflug in den Winterhafen. Fahrt bis Schlachthausbrücke von hier weiter mit Linie „80“ bis zur Endstation. Dort Treffpunkt 8 Uhr früh. Führer: Franz Beran.

Sonntag, 22. Juni: Wanderung Hagenbachklamm. Treffpunkt halb 8 Uhr früh Straßenbahnstation Nußdorferplatz. Fahrt mit der Bahn bis St. Andrä Wördern (zirka S 1.—), Hagenbachklamm, Kirchbach, Windischhütte, Weidlingbach nach Neuwaldeg. Führer: Beran Franz.

Sonntag, 29. Juni: Badeausflug Zinkabach. Zusammenkunft 8 Uhr früh Floridsdorferbrücke (Wasserpark) Linie „31“. Führer: Kralik.

Sonntag, den 6. Juli: Anninger. Treffpunkt halb 8 Uhr früh Mauer. Weiterfahrt nach Mödling, dort Zusammenkunft halb 9 Uhr früh. Wanderung über Prießnitztal, Richardshof. Führer: Palbucha.

Voranzeige

Wir unternehmen heuer und zwar am Sonntag, den 10. AUGUST einen

Dampferausflug nach Preßburg

An Bord Musik und Schrammeln. — Abfahrt Wien 7 Uhr früh, Ankunft in Preßburg 9.30 Uhr. — Rückfahrt 3 Uhr nachmittags, Ankunft in Wien 9.30 Uhr abends. — Eine Fahrt hin und zurück S 8.— Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Zahlungserleichterung durch Sparkarten. — Die näheren Details werden Anfang Mai, wo die Kartenausgabe beginnt, bekanntgegeben werden. — Anfragen im Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47 (Telephon R-30-9-58) jeden Mittwoch und Freitag abends.

Wir erwarten, daß sich alle unsere Freunde wie alljährlich beteiligen und für rege Beteiligung im Kreise ihrer Bekannten werben werden

ARBEITER-KULTURBUND „SPARTAKUS“

Aus der Opposition.

Zentraler Diskussionsabend: Montag, den 2., 16., 30., Juni. Beginn halb 8 Uhr abends in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46. Thema: „Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes“. Leiter: Gen. Frey.

Preßfond: Newyork: B. K. 4 Dollar.

Leser der „Arbeiter-Stimme“ Achtung!

Durch häufige Nachbestellungen sind nachfolgende Nummern der „Arbeiter-Stimme“ vergriffen: Nr. 3 (2. Auflage), Nrn. 5, 11, 12, 13, 15, 16, 20 und die am 15. Juli erschienene Extra-Ausgabe. — Wir ersuchen unsere Leser, soweit sie im Besitz dieser uns fehlenden Nummern sind, dieselben für unser Archiv einzusenden.

Die Administration.

Eigentümer Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 — Verantwortlicher Redakteur: Franz Kralik, Wien, V., Castellgasse 3 — Druck: Buch- und Kunst-Druckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter: Friedrich Stadler, Wien, III., Custozzagasse 8.